

Gefährliches Manöver

Immer wenn in der Politik davon die Rede ist, dass jetzt nicht die Zeit für taktische Spielchen ist, lohnt es sich aufzupassen und zuzuhören. Meist kann man dann mit besonders perfiden Schachzügen rechnen, frei nach dem Motto: Es ist halt ein schmutziges Geschäft. In der vergangenen Woche hat sich der Spitzenkandidat der Union frei gemacht von taktischen Spielchen, wie er selbst es nannte. Das Ergebnis war am Mittwoch im Bundestag zu beobachten.

Erstmals wurden von der Union zwei Anträge zur Abstimmung gestellt, von denen klar war, dass sie nur mit den Stimmen der AfD eine Mehrheit haben konnten. Und so kam es am Ende auch. Dabei war schon fast egal, ob die Mehrheit zustande kommen würde oder nicht. So oder so ist die extrem rechte AfD wieder ein bisschen normaler gemacht worden in Deutschland. Das ist eine Zäsur in der Bundesrepublik Deutschland und es war kein Versehen.

Die Fraktion von CDU und CSU nahm es billigend in Kauf. Ihre Begründung: Das Richtige wird nicht falsch, wenn die Falschen zustim-



Kanzlerkandidat Merz öffnet die Tür für die rechte AfD. Damit beschädigt er die politische Kultur.

Christine Dankbar

men. Noch so ein Satz, den man mit größter Vorsicht betrachten sollte.

Der Tag dieses Tabubruchs hätte dabei nicht schlimmer gewählt werden können. Am Mittag gab es eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus. Sie findet jedes Jahr statt und ist keine reine Gedenkoutine. Es sind jedes Jahr sehr berührende Stunden und man merkt, dass es für die Rednerinnen und Redner danach eine kleine Überwindung ist, schnell wieder auf den politischen Alltag umzuschalten.

Es war in den vergangenen Jahren fast jedes Mal Friedrich Merz, der darauf hinwies, dass ihm das nicht leichtfalle. Auch am Mittwoch hat er das getan – und doch darauf beharrt, dass er recht hat mit seinem Schachzug. Es ist eine Tragik dieses Bundestagswahlkampfes, dass die Spitzenleute der Parteien gegen Kritik und Selbstkritik immun zu sein scheinen.

Merz beschädigt mit seinem Verhalten auch die eigenen Leute. Es scheint ihn nicht zu scheren, dass etliche Unionspolitikerinnen und -politiker an jenem Gruppenantrag beteiligt sind, der fordert, ein Verbotsverfahren gegen die AfD einzuleiten. Man muss sich das mal vorstellen: Am Mittwoch setzte die Union auf die AfD als Mehrheitsbeschafferin, am Donnerstag wird über ein mögliches Verbot der Rechtsaußen-Partei debattiert – und am Freitag könnte das erste Gesetz mit Stimmen der AfD auf den Weg gebracht werden. Was für ein absurdes Theater!

Es geht dabei auch um Charakterfragen. Klar ist, dass die Unionsfraktion zumindest in Teilen nicht besonders begeistert davon ist,

dass sie mit der AfD stimmen muss, um ihren Kanzlerkandidaten nicht zu beschädigen. Die ganze Angelegenheit ist eine Idee von Merz, der im Frust über die stagnierenden Umfragewerte für die Union auf den Tisch gehauen hat. Er macht das gern, wenn er das Gefühl hat, dass es nicht vorangeht. Es wird nicht dementiert, dass Merz seine Absicht im kleinen Kreis mit dem Begriff formuliert hat, er gehe „all in“. Möchte man einen Kanzler haben, der in einer Krise ins Zocken verfällt?

Merz hat das übrigens so ähnlich schon mal gemacht, im vergangenen Sommer, nach der Messerattacke von Solingen. Damals forderte er, dass Deutschland die nationale Notlage erklären und mit dieser Begründung seine Grenzen dichtmachen solle. Kritik daran kanzelte er mit den Worten ab, er wolle nicht immer hören, was nicht geht. Das Fußaufstampfen als politisches Mittel. Die „Initiative“ verlief im Sande, auch weil er sich in der eigenen Partei sagen lassen musste, was wirklich nicht geht. Wer macht es jetzt?

Berichte S. 2/3